

Diakoniebericht Landessynode der EKKW am 29.11.2017

Diakonie in einer vielfältigen Gesellschaft

Frau Präses, hohe Synode,

wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft. Unsere Lebensvollzüge sind eingebettet in große gesellschaftliche Umwälzungen. Sie kennen die Schlagworte, die verwendet werden, um diesen Wandel zu beschreiben: Digitalisierung, Individualisierung und Exklusion, aber auch demographischer Wandel, zunehmende Säkularisierung und Ökonomisierung. Diese gesellschaftlichen Veränderungen betreffen uns alle.

Mein schriftlicher Bericht aus der Diakonie Hessen liegt Ihnen vor. Erlauben Sie mir, drei Punkte noch einmal besonders stark zu machen. Ich will erstens auf gesellschaftliche Trends hinweisen, die uns alle angehen, zweitens zeigen, wie die Diakonie Hessen diesen gesellschaftlichen Herausforderungen begegnet und drittens die Bedeutung von Netzwerken betonen, die für mich eine große Möglichkeit bieten, Kirche und Diakonie in ihrer Bezogenheit aufeinander als *einen* Akteur in der Zivilgesellschaft zu begreifen.

1. Bewertung gesellschaftlicher Trends aus Sicht der Diakonie Hessen

1.1. Individualisierung

Menschen sind aufrechte, selbständige und würdevolle Individuen. Für die Wahrung ihrer individuellen und sozialen Rechte einzutreten, ist anwaltschaftliche Aufgabe von Kirche und Diakonie. Das gilt besonders für die Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden – sei es durch Krankheit und Hilflosigkeit, durch Alter und Behinderung, durch Armut und Arbeitslosigkeit oder durch Fluchterfahrung und Rechtlosigkeit. Die Selbstbestimmtheit der Menschen zu achten sowie zu würdigen, dass sie Wunsch- und Wahlrecht haben, wenn sie Leistungen der Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen, gehört wesentlich zur Qualität diakonischer Arbeit. Der einzelne Mensch kommt heute stärker in den Blick und steht im Mittelpunkt diakonischen Handelns. Menschen werden aktuell nicht primär als Teil einer Gruppe wahrgenommen, sondern als eigene Persönlichkeit. Damit ist zugleich für den einzelnen Menschen die Freiheit verbunden, sich entsprechend entwickeln zu können, aber eben sich auch entwickeln zu müssen. Hier stellt eine vielfältige Gesellschaft tatsächlich sehr hohe Anforderungen an die Bürgerinnen und Bürger. Dieser Zwang zur Originalität trägt auch die Gefährdung in sich, Menschen zu überfordern. Die Beschleunigung dieser Entwicklung nimmt immer noch zu.

Individualisierung bedeutet auch Vereinzelung von Menschen. Natürliche Netzwerke wie Nachbarschaften und Familie greifen zunehmend weniger. Trotzdem ist m. E. die Sehnsucht der Menschen nach Dazugehören, Geborgenheit, sozialer Gemeinschaft vorhanden. Soziale Netzwerke wie Facebook oder Instagram werden wichtiger.

Individualisierung trägt zugleich zu einem Aufweichen der Solidargemeinschaft bei, die bisher die Menschen am Rande tragen konnte. Extreme Beispiele sind Formen der unterlassenen Hilfeleistung sowie das konkrete Wegsehen bei Gewalttaten. Zivilcourage bedeutet ja die tätige Wahrnehmung der Verantwortung für das zivile Miteinander und beschreibt heute oft nur eine besondere Situation, die herauszuheben wäre.

1.2. Exklusion

Unsere Gesellschaft orientiert sich immer mehr an Leistung. Leistung und Leistungsfähigkeit entscheiden über die Akzeptanz in der Gesellschaft. Aber es gibt viele Menschen, die dieser Anforderung nicht gerecht werden können. Sie werden mehr und mehr als Belastung und im

Diakoniebericht Landessynode der EKKW am 29.11.2017

Diakonie in einer vielfältigen Gesellschaft

schlimmsten Fall als ungerechtfertigte Nutzer des Sozialsystems angesehen. Dabei sind Transfer- und Unterstützungsleistungen ein gesetzlich verbrieftes Recht des Sozialstaates und keinesfalls als Almosen zu sehen.

Menschen mit körperlichen und geistigen Handicaps, in finanzieller Armut, in Bildungsarmut, in unterschiedlicher Form der Pflegebedürftigkeit werden an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehindert. Die Erfahrung eigener Ausgrenzung wird mit ein Grund für die Ressentiments gegenüber den Menschen sein, die bei uns Schutz und Heimat suchen.

Die aktuell vorliegenden Armutszahlen der amtlichen Sozialberichterstattung für 2016 belegen, dass im reichen Hessenland bei einer Bevölkerung von gut sechs Millionen Menschen rund 15 Prozent von Armut bedroht sind. Das sind über 900.000 Personen.

Bundespräsident Steinmeier sprach in Mainz zur Feier des 3. Oktober davon, dass wir in unserer Gesellschaft Mauern hochgezogen hätten. Auslöser für diese Mauern (auch in den Köpfen) ist m. E. eine Spaltung unserer Gesellschaft. Exklusion der einen nährt Ängste derer, die (noch nicht) davon betroffen sind. Inzwischen ängstigt sich nach Umfragen 1/3 der deutschen Gesamtbevölkerung davor, in die Armut abzurutschen.

Auf der anderen Seite entziehen sich einzelne Personen und Firmen der gesellschaftlichen Solidarität, exkludieren sich aus der Gemeinschaft, indem sie z.B. Briefkastenfirmen benutzen, um die Zahlung von Steuern zu vermeiden (Paradise Papers). Es kommt nicht von ungefähr, dass unsere Gesellschaft als zunehmend ungerecht empfunden wird, wenn sich gerade starke Schultern der Solidarität entziehen und damit gerade die Menschen mehr belasten, die in Erwerbsarbeit stehen. Steuern zu entrichten, ist ein Akt der Beteiligung jedes einzelnen Bürgers an der Finanzierung der notwendigen Gemeinschaftsaufgaben. Sich dieser Beteiligung zu entziehen gefährdet die Gesellschaft und stellt die Grundsätze der Demokratie in Frage. Das führt mich zum dritten Trend:

1.3. Gefährdung der Demokratie, Infragestellung von Solidarität und Sozialstaat

Der Wahlerfolg der AFD erklärt sich nicht nur aus sozioökonomischen Faktoren z. B: hohe Arbeitslosigkeit: Die Rechtspopulisten konnten vielmehr da punkten, wo das Problem des Rechtsextremismus verharmlost wurde und Teile der Bevölkerung sich zunehmend vom demokratischen System abgekoppelt haben. Hier können Diakonie und Kirche nicht einfach ruhig zusehen, wie Exklusion und Ängste sowie Politikverdrossenheit und eine Normalisierung von rechtsextremen Positionen zunehmen. Es gilt vielmehr, die eigene Haltung und Positionierung klar zu benennen und in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs einzutragen. Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt „Positionen der Diakonie Hessen“.

2. Diakonische Positionen

Die Evangelischen Kirchen in Hessen und ihre Diakonie sind als starke und wahrnehmbare zivilgesellschaftliche Akteure mitverantwortlich für die Gestalt unseres Gemeinwesens und die politische Kultur in Hessen. Da sind wir uns bundesweit einig. (vgl. *EKD Konsens und Konflikt*) Die skizzierten gesellschaftlichen Herausforderungen betreffen Kirche und Diakonie. Beide sind Teil der vielfältigen Gesellschaft und engagieren sich in ihr für Zusammenhalt, Demokratie und Teilhabe aller Menschen. Ich will das kurz an einigen Beispielen verdeutlichen:

Diakoniebericht Landessynode der EKKW am 29.11.2017

Diakonie in einer vielfältigen Gesellschaft

2.1. Teilhaben

900.000 Personen, sind derzeit von Armut bedroht. Armut heißt dabei mehr, als nur ein relativ geringes Einkommen. Armut bedeutet auch immer mangelnde Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe. Diese beiden Aspekte wollen zusammen gedacht werden, um die Lebenswirklichkeit so vieler Menschen in Hessen angemessen in den Blick nehmen zu können: Wenn es am Geld fehlt, fehlen nämlich auch die Mittel für gesunde Ernährung, für Mobilität, Gesundheitsvorsorge oder Versicherungen; von Urlaub, einem Theaterbesuch oder einem Essen mit Freunden im Restaurant ganz zu schweigen. Wer ein geringes Einkommen hat, steht ständig in der Gefahr, gesellschaftlich ausgegrenzt zu werden. Dabei ist Armut kein Phänomen, das offen sichtbar wird. Unbeholfenheit und Scham verbergen die Armut von Menschen. Noch immer sind Erwerbslose, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. In den Beratungsstellen der Diakonie, die zu einem erheblichen Teil durch kirchliche Mittel finanziert werden, bekommen wir hautnah etwas mit von den Nöten und Problemen der Menschen. Das macht Christinnen und Christen in den Gemeinden, in den Regionalen Diakonischen Werken und in den Mitgliedseinrichtungen der Diakonie Hessen handelnd. Dabei ist die Zunahme der Armut in Hessen nicht zu akzeptieren. Denn Armut verletzt die Würde des Menschen. Sie beschämt, grenzt aus und verhindert, dass Menschen sich in die Gesellschaft einbringen können.

Zunehmende Armut in einem reichen Land ist im besten Sinne ein Armutszeugnis und gehört überwunden. Regelsätze von Transferleistungen müssen so gestaltet sein, dass den bisher ausgegrenzten Menschen Teilhabe am alltäglichen gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Die Errichtung eines öffentlichen Arbeitsmarktes und die Förderung des Wohnungsbaus vor allem unter dem Aspekt der Sozialverträglichkeit öffnen Chancen zu Teilhabe und Gerechtigkeit. Lassen Sie uns als Kirche und Diakonie die Gesellschaft immer wieder daran erinnern, dass Unterstützungsleistungen für Menschen ein sozialstaatliches Prinzip und Recht sind und kein Almosen.

2.2. Ankommen

Viele Menschen unterschiedlichster Herkunft sind in den letzten Jahren in unseren Gemeinwesen angekommen. Viele haben eine schwierige und belastende Fluchtgeschichte hinter sich. Der Spracherwerb ist eine wichtige Zugangsvoraussetzung zur Gesellschaft, zu Bildung, zu Teilhabe auch am Arbeitsleben. Warum sollen nicht alle Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, an Deutschkursen teilnehmen? Die Kenntnis der deutschen Sprache ist auch bei einer Rückkehr in das Herkunftsland wenig hinderlich, hier aber für jegliche Form der Mitwirkung am gemeinsamen Leben eine Grundvoraussetzung.

Gerade die Sorge um zurückgelassene oder auf der Flucht getrennte Familienangehörige erschwert eine gelingende Integration der hier angekommenen Menschen erheblich. Familien gehören zusammen. Flüchtlinge dürfen nicht über lange Zeit von ihren Angehörigen getrennt werden. Durch restriktive gesetzliche Regelungen und lange Wartezeiten bei der Visumserteilung bleiben Flüchtlingsfamilien oft über Jahre hinweg getrennt. Das verletzt Artikel 6 des Grundgesetzes (Schutz von Ehe und Familie) und erschwert die Integration.

Die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär geschützte Menschen muss endlich aufgehoben, das Visumsverfahren für nachzugsberechtigte Familienmitglieder beschleunigt und in Griechenland gestrandeten Familienangehörige unverzüglich die Einreise nach Deutschland

Diakoniebericht Landessynode der EKKW am 29.11.2017

Diakonie in einer vielfältigen Gesellschaft

ermöglicht werden. Befürchtungen, dass der Familiennachzug diese Gesellschaft überfordern würde, widersprechen aktuelle wissenschaftliche Studien und auch Auskünfte der Bundesregierung. Sie zeigen, dass der Familiennachzug zu Flüchtlingen nach Deutschland deutlich geringer sein wird als bisher angenommen oder behauptet.

Es ist m. E. falsch, die Menschen unter einen ständigen Rückkehrdruck zu bringen. In Hessen werden ganze Flüchtlingsgruppen regelhaft zur Rückkehrberatung eingeladen, auch solche, die noch im Verfahren sind bzw. gegen ihre Ablehnung geklagt haben. Leider wird gegen die berechnete und lautstarke Kritik aller Sozialverbände und Kirchen weiter nach Afghanistan abgeschoben. Einen bundesweit geltenden und generellen Abschiebungsstopp halten wir für dringend nötig, da sich die Sicherheitslage in Afghanistan immer weiter verschlechtert. Dazu ist aus der Mitte der Landessynode eine eigene Resolution geplant.

Trotz der vielen Hindernisse und auch mancher Anfeindung engagieren sich viele Menschen in den kirchlichen und diakonischen Initiativen. Hier trifft Professionalität mit der großen Vielfalt des freiwilligen Engagements zusammen. Herzlich danke ich allen Menschen, die in ihrem Engagement nicht nachlassen und damit bekennen, dass unser Auftrag der Zuwendung zu den nächsten Menschen über Grenzen und auch die unserer Religion hinausgeht.

Das große auch finanzielle Engagement beider Evangelischer Kirchen geht weit über die Beteiligung anderer zivilgesellschaftlicher Akteure hinaus. Es ist ein gewichtiges gesellschaftliches Zeichen aus menschenfreundlicher Grundhaltung im Vertrauen auf unseren menschenfreundlichen Gott.

2.3. Gepflegt älter werden

In einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft kommt dem Bereich der Pflege eine wichtige Bedeutung zu. Das Problem ist bekannt, aber Lösungen sind schwer zu finden. So erfordert es in den nächsten Jahren unsere volle Aufmerksamkeit, die Pflegesituation zu verbessern. Unsere Pflegekräfte leisten hervorragende und anspruchsvolle Arbeit an den nächsten Menschen, aber sie leiden auch unter der knappen Zeit und zu wenig Personal. Deshalb brauchen wir politische Maßnahmen gegen den Pflegenotstand. Die Gelder der Versicherten, die in die Pflege- und Krankenversicherung fließen, müssen auch für die Versorgung kranker und pflegebedürftiger Menschen verwendet werden. Beharrlich fordern wir insbesondere ein Mehr an Leistungen für die Pflege, Betreuung, Zuwendung und vor allem mehr Zeit für sterbende Menschen. Gleichzeitig verdienen Pflegekräfte Anerkennung und unser aller Dank. Der internationale Tag der Pflege bietet die Möglichkeit, die große Leistung der Menschen, die in der Pflege arbeiten, sichtbar zu machen. Wir werden das in Zukunft mit einem hessenweiten Gottesdienst gemeinsam mit den beiden Kirchen begehen. Dieser findet erstmalig am 12.5.2018 in der Elisabethkirche in Marburg statt. Wir konnten den Bischof als Prediger gewinnen.

2.4. Demokratie leben

Eine spannende Bundestagswahl mit einem entsprechend spannenden Wahlkampf liegt hinter uns. Die Regierungsbildung zeigt sich ebenso. Die neuen Verhältnisse im Parlament sind auch eine Warnung an alle demokratischen Kräfte gegenüber einem schlichten „weiter so“!

Selbstverständlich muss es in einer Demokratie Raum für alle Parteien und Gruppierungen geben, die sich dem Grundgesetz und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verpflichtet wissen. Eine solche Demokratie mag unbequem und auch herausfordernd sein. Artikel 1 des

Diakoniebericht Landessynode der EKKW am 29.11.2017

Diakonie in einer vielfältigen Gesellschaft

Grundgesetzes, der die unantastbare Würde aller Menschen beschreibt, ist ein wesentlicher Maßstab für die Ausrichtung allen demokratischen Handelns. Es ist auch unsere Aufgabe als Kirche und Diakonie, mit allen Menschen, Parteien und Gruppierungen, die auf dieser Grundlage stehen, im Gespräch zu bleiben. Das Evangelium drängt uns dazu, diese Gesellschaft und ihre politischen Grundlagen mitzugestalten.

Unvereinbar mit unserer christlichen Botschaft ist jede Form der Verachtung gegenüber Menschen – seien sie geflüchtet, arm oder wohnungslos, behindert oder pflegebedürftig. Mit dem Projekt „Demokratie gewinnt! Mit der Diakonie Hessen!“ setzen wir uns dafür ein, dass verschiedene Formen der Diskriminierung wie z. B. Alltagsrassismus erkannt und diskutiert und die Grundprinzipien der Demokratie gefördert werden – damit möglichst alle Menschen an der vielfältigen Gesellschaft teilhaben können. Manchmal fehlen den Menschen guten Willens die richtigen Worte, wenn sie populistischen Argumenten ausgesetzt sind, darum haben wir eine kleine Argumentationshilfe entwickelt, die Sie auf ihren Plätzen finden. Sie passt in jede Westen- oder Handtasche.

Teilhabe wird auch durch Bildung ermöglicht. Das beginnt schon im Elementarbereich. Qualitätsstandards frühkindlicher Bildung müssen beschrieben und zum Wohle der Kinder und ihrer Eltern fortgeschrieben werden. Die in Hessen geplante Freistellung der Eltern von Beiträgen ist zu begrüßen, dahinter darf die Qualitätsentwicklung der Tageseinrichtungen für Kinder aber nicht zurückstehen. Ein weiterer Baustein ist die berufliche Bildung. Ein Netzwerk der sozialpädagogischen Schulen in der Diakonie Hessen ist entstanden und dient dazu, Bildung im Bereich sozialpädagogischer Berufe flächendeckend zu gewährleisten und damit auch Qualitätsstandards zu sichern. Gleichzeitig wirken wir mit hessenweit abgestimmten Angeboten dem Fachkräftemangel entgegen.

Zu Ihrer Information finden Sie auf Ihren Tischen die Positionen der Diakonie Hessen, mit denen wir vor der Bundestagswahl auf alle Wahlkreis Kandidatinnen und Kandidaten zugegangen sind.

Wir freuen uns darüber, dass die Diakonie Deutschland die Documenta-Halle in Kassel als Ort für die Eröffnung der ersten Ausstellung von „Kunst trotz(t) Ausgrenzung“ ausgewählt hat. Ab dem 2. Februar 2018 werden hier Kunstwerke von sehr renommierten und weniger bekannten Künstlerinnen und Künstlern für ca. 4 Wochen zu sehen sein, die das Thema Ausgrenzung und deren Überwindung spiegeln.

3. Netzwerke und sozialräumliche Orientierung als Chance

Auf die Bildung von Netzwerken in Kirche und Diakonie möchte ich in meinem dritten Punkt eingehen.

Die beiden umfänglichen Teilhabeprojekte beider Evangelischer Kirchen haben aufgezeigt und zeigen immer noch, dass es möglich ist, aus betroffenen beteiligte Menschen zu machen. So wurden und werden Erfahrungen möglich, den eigenen Wert und die geschenkten Fähigkeiten wieder wahrzunehmen, Verantwortung für sich selbst, für das Projekt und damit für andere Menschen zu übernehmen sowie an dessen Weiterentwicklung beteiligt zu sein. Wie Keimzellen sind so in Hessen und Rheinland-Pfalz kleine Netzwerke im Sozialraum entstanden, die in der

Diakoniebericht Landessynode der EKKW am 29.11.2017

Diakonie in einer vielfältigen Gesellschaft

Diakonie Hessen fachlich beraten, begleitet und befähigt werden. Zugleich wurde die Chance eröffnet, sich in einem großen Netzwerk zu treffen, sich gegenseitig zu stärken und Erfahrungen auszutauschen. In allen diesen Netzwerken vor Ort und in den großen Netzwerktreffen kommen Menschen zusammen, die aus den örtlichen Kirchengemeinden, aus kleinen diakonischen Initiativen und Regionalen Diakonischen Werken oder anderen diakonischen Trägern in das gemeinsame Engagement für die Menschen gefunden haben, die sonst oft ausgeschlossen werden. So manche Menschen unter ihnen kommen durch das Netzwerk in ihrem Sozialraum wieder mit Kirche und Diakonie in Berührung. Bei den Teilhabe-, den DRIN-Projekten kam die Initialzündung von Kirche oder Diakonie. Andere Netzwerke sind einfach entstanden, weil es den Bedarf gab, weil Menschen in Not waren, weil Handeln dran war. Oft bringen sich Kirche und Diakonie auch in solche Netzwerke ein, erkennbar, verlässlich, kompetent, engagiert. Gerade solche Netzwerke bieten Menschen die Chance, neue Erfahrungen mit einer sonst oft als fremd empfundenen Kirche zu machen. Vor Ort werden wir gemeinsam wahrgenommen. Das macht uns stark. Kirche und Diakonie zusammen sind *ein* gewichtiger zivilgesellschaftlicher Akteur und verlässlicher Partner - im Gemeinwesen, in der Kommune, in der Region und im Land Hessen. Leider übersehen wir es noch zu oft. Die Erfahrungen vor Ort *sind* stark und *wirken* stark in die Gesellschaft, aber auch in so mancher Sitzung kirchenleitender Gremien ist zu spüren, dass wir eins sind und auch eins sein müssen.

Die Netzwerke wirken ansteckend. So ist aus ihnen inzwischen sowie aus dem Bundesprojekt „Wir sind Nachbarn. Alle!“, ein Kern aus Verantwortlichen beider Kirchen, der Diakonie Hessen, der Regionalen Werke und von Trägervertretungen gewachsen, der mit externer Unterstützung diese Bewegung als Entwicklungschance für die Kirche und ihre Diakonie nutzen will und sich intensiv mit den theoretischen Hintergründen sozialräumlicher Netzwerkarbeit beschäftigt. Wir sehen das als unseren gemeinsamen Beitrag zur Zukunftsentwicklung auch über 2025 hinaus. Zu dieser Sicht bestärkt eine Umfrage der Agentur des Rauhen Hauses zur Zukunft christlicher Gemeindegemeinschaft. Sie zeigt auf, dass beeindruckende 90 Prozent der Studienteilnehmenden von Kirche erwarten, gerade in einer Gesellschaft mit Spaltungstendenzen die Menschen zusammenzuführen.

Regionale Werke

Die Regionalen Diakonischen Werke spielen dabei eine entscheidende Rolle. Sie werden als sichtbare und wirkungsvolle Zuwendung zu den Menschen erlebt. Und bieten die Chance, gerade auch die nicht refinanzierte soziale Arbeit im Auftrag der Kirche wahrzunehmen. Um ihr Überleben zu sichern, ist es aber notwendig, sich auch in durch Drittmittel refinanzierten Aufgabenfeldern (z.B. Suchtberatung oder gemeindepsychiatrische Aufgaben) zu engagieren. Aber damit wächst auch die Bedeutung von Kirche, wie schon die V. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung zeigte, nach der die Bedeutung der Kirche u.a. auch an ihrem diakonischen Engagement bemessen wird. Regionale Diakonische Werke gehören in beiden Kirchengebieten also eng an den gesamtkirchlichen Auftrag.

Deshalb unterstützen wir als Diakonie Hessen ausdrücklich die Entwicklung der Regionalen Diakonischen Werke in Kurhessen-Waldeck (RDW). Diese werden sich Anfang 2018 zu einer Facharbeitsgemeinschaft nach §11 unserer Satzung zusammenschließen. Anlass zur Gründung einer Facharbeitsgemeinschaft war der Entwicklungsauftrag, den die Synode der EKKW (11/2015) in ihrem Reformprozess u. a. auch für die RDW beschlossen hatte. Hinzu kam

Diakoniebericht Landessynode der EKKW am 29.11.2017

Diakonie in einer vielfältigen Gesellschaft

die wachsende Erkenntnis auf allen kirchlichen Ebenen, dass viele Zukunftsaufgaben der RDW (z. B. finanzielle Sicherung) effizienter gemeinsam bewältigt werden können. Der Vorstand dieser fachlichen Arbeitsgemeinschaft bekommt zukünftig die Rolle, die gemeinsamen Interessen der RDW in KW zu vertreten. Erstmals steht mit dem Vorstand dieser AG sowohl uns als Diakonie als auch der EKKW ein von der AG legitimierter Ansprechpartner für die Gesamtheit der RDW in KW zur Verfügung. Wir begrüßen diesen Schritt und halten ihn inhaltlich für nötig und richtig. Eine Zusammenarbeit mit den RDW.HN ist ausdrücklich gewünscht und nach der vorliegenden Ordnung vorgesehen (§ 2, 8.). Durch geringfügige Änderungen kann sie zu gegebener Zeit für eine Zusammenarbeit aller RDW auf dem Gebiet der Diakonie Hessen geöffnet werden.

Reorganisation der Diakonie Hessen

Im eigenen Haus beschäftigen wir uns unter dem Titel „Reorganisation der Diakonie Hessen“ mit dem in der Satzung §25 (3) formulierten Auftrag einer Ausgliederung der Regionalen Diakonischen Werke in Hessen und Nassau aus dem Landesverband. Hierzu hat der Aufsichtsrat den Auftrag gegeben, die Folgen einer möglichen Ausgliederung zu prüfen und mit dem Status quo abzugleichen. Eine externe Unternehmensberatung hat den Auftrag erhalten, die wirtschaftlichen, juristischen, organisationalen und strukturellen Folgen zu prüfen. Die strategischen und politischen Folgen sollen intern durch den Vorstand eruiert werden. Die Erhebung der maßgeblichen Daten und Parameter für beide Aufträge ist abgeschlossen. Ende Dezember werden die Ergebnisse dem Aufsichtsrat präsentiert und im Anschluss von einer Evaluationsgruppe im Hinblick auf die nächsten Schritte bewertet. Zugleich wird der Vorstand der Diakonie der Kirchenleitung der EKHN einen abgestimmten Vorschlag zum weiteren Vorgehen vorlegen. Die kirchenleitende Entscheidung muss dann wiederum dem Beschluss des Aufsichtsrates, der für Frühjahr 2018 vorgesehen ist, zu Grunde liegen.

Arbeitsgemeinschaften Regionaler Diakonie

Unabhängig davon, wie sich alle Regionalen Werke weiterentwickeln, haben wir als Diakonie Hessen ein Interesse daran, dass die diakonischen Akteure in den jeweiligen Regionen vernetzt sind, um sozialpolitisch noch einheitlicher und damit auch effizienter auftreten zu können. Mit den Arbeitsgemeinschaften Regionale Diakonie (ARD) ist ein Modell entstanden, das hierfür möglicherweise Perspektiven bietet. Aufgrund des Projekts der Reorganisation der Diakonie Hessen ist das Projekt jedoch zunächst zurückgestellt, um der möglichen neuen Rolle aller RDW auch in diesem Zusammenhang gerecht werden zu können.

Vertretung am Sitz der Landesregierung

Die Diakonie bildet die verbindende Klammer der beiden Kirchen in Hessen. Dies stärkt die Chance, im Referenzrahmen des Landes deutlich und klar mit einer Stimme wahrgenommen zu werden. Dass es gelungen ist, im Evangelischen Büro am Sitz der Landesregierung in Wiesbaden die Stelle einer Vertretung der Diakonie Hessen zu schaffen und mit Pfarrerin Clarissa Graz zu besetzen, stärkt auch in der Außenwahrnehmung noch einmal die Zusammenarbeit von Kirche und Diakonie.

4. Dank

Diakoniebericht Landessynode der EKKW am 29.11.2017

Diakonie in einer vielfältigen Gesellschaft

Beiden Synoden der Kirchen gilt mein Dank. Sie begleiten uns in den gesetzlichen Rahmenbedingungen für unsere diakonische Arbeit. Sie haben uns die Voraussetzungen für den möglichen Eintritt in einen kirchengemäßen Tarifvertrag geschaffen und dieser ist nun mit überwältigender Mehrheit in die Satzung der Diakonie Hessen aufgenommen worden.

In der Vernetzung liegt unsere Zukunft, davon bin ich überzeugt. Als Kirche und Diakonie sind wir hier sehr erfolgreich. Deshalb bin ich für die gute Zusammenarbeit zwischen Kirche und Diakonie in den vielfältigen Bereichen zum Wohl der Menschen außerordentlich dankbar.